



SABINE BÄCHLE - SCHOLZ

MITGLIED DES HESSISCHEN LANDTAGS

CDU-LANDTAGSFRAKTION  
SCHLOSSPLATZ 1-3  
65183 WIESBADEN  
TELEFON 0611 350-692  
TELEFAX 0611 350-1692  
s.baechle-scholz@ltg.hessen.de  
www.sabine-baechle-scholz.de

Sabine Bächle – Scholz MdL, Schlossplatz 1 - 3, 65183 Wiesbaden

## Pressemitteilung

12.07.2013

### **Betreuungsquote wird erreicht Bächle-Scholz: „CDU stellt bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicher“**

Wiesbaden. Die CDU Landtagsabgeordnete Sabine Bächle-Scholz zeigt sich erfreut über die aktuellen Daten des Versorgungsgrades bei der U3-Betreuung.

„Vor 10 kurzen Jahren haben wir uns aufgemacht, für jedes Kind unter drei Jahren, das ihn benötigt, einen Betreuungsplatz zu schaffen. Errechnet wurde hierfür flächendeckend ein Versorgungsgrad von 35 %. Hessen hat unter der schwarz-gelben Landesregierung diesen Wert bereits im Mai erreicht und seitdem überschritten. Wir steuern weiter sogar auf 40 % zu. Hier haben wir mit der besten Kinderbetreuung, die Hessen je hatte, ein echtes Stück Wahlfreiheit für die Menschen in unserem Land geschaffen“.

Bächle-Scholz betont, für ihre Partei stehe, wie bei allen Themen, die Entscheidung des Individuums im Vordergrund. „Rot-Grüne Bevormundung, lehne ich ab. Es ist allein Sache der Eltern, ob sie ihr Kind zuhause betreuen oder in eine Krippe geben wollen. Für diese freie Entscheidung haben wir den Rahmen geschaffen und das ist eine gute Nachricht für alle Eltern und alle Kinder in unserem Land“.

Eine Absage erteilte die Abgeordnete den Vorwürfen der Opposition, das Land habe nicht genug getan und es seien immer noch zu wenig Plätze. „Als Schwarz-Gelb 1999 an die Regierung in Hessen kam, standen für die Kinderbetreuung gerade einmal 60 Millionen Euro bereit und es gab einen Versorgungsgrad von mageren 3 %. Heute sind es 424,5 Millionen, die wir auf fünf Jahre festgeschrieben haben. Dass diejenigen, die selbst das Thema ignoriert haben uns nun vorwerfen, wir würden zu wenig tun, grenzt an Verhöhnung der Bürger“.

Sie verwies in diesem Zusammenhang auf den von der Opposition bewusst falsch hergestellten Zusammenhang zwischen Versorgungs- und Betreuungsgrad. Versorgungsgrad bedeutet, wie viele Plätze zur Verfügung gestellt werden können. Betreuungsgrad, wie viele tatsächlich besetzt sind.

SPD und Grüne würden auf den Betreuungsgrad abheben und behaupten, dieser müsse 35 % betragen. Dies sei offenkundig Unsinn. Der Staat könne nur das Angebot machen, indem er Plätze schaffe. Ob die Eltern diese in Anspruch nähmen, sei ihre Entscheidung, weshalb nur der Versorgungsgrad maßgeblich sei.

Richtig sei, wie heute in einem Kommentar zu lesen war, dass die Idee von Rot-Grün entwickelt worden sei. Richtig sei aber auch, so die CDU-Politikerin, dass wie bei vielen anderen Themen auch, es Schwarz-Gelb gewesen seien, die es dann in praktische Politik verwandelt hätten. „Bei Sonntagsreden tut sich die Opposition immer groß mit

Vorschlägen hervor. Dort wo sie an die Regierung kommt, werden diese aber schnell wieder eingemottet oder technisch schlecht umgesetzt und auch noch unterfinanziert. Ob Energiewende, Bundeswehrreform, Kontrolle des Finanzmarktes, Arbeitsmarktpolitik oder eben Kinderbetreuung. Wenn es gut werden soll, müssen wir ran“.

Stolz sei sie, so die Abgeordnete, auf den Kreis Groß-Gerau, den sie im Hessischen Landtag vertritt. Hier gäbe es, wie in ganz Südhessen, einen der höchsten Versorgungsgrade Deutschlands. Dies zeige, dass die Wichtigkeit des Themas gerade in einem so wirtschaftlich starken Landkreis angekommen sei.

Erneut verteidigte sie das Kinderförderungsgesetz. „Immer wieder wird von SPD und Grünen behauptet, dieses erzwänge größere Gruppen. Das hat nie gestimmt und stimmt auch weiterhin nicht. Die Gruppengröße verschlechtert sich gegenüber der alten Rechtslage nicht. Wie absurd die Behauptung, die Betreuung würde schlecht, ist, kann jeder anhand der Summen ersehen, die wir im Haushalt bereitstellen (s.o.). Mir kann niemand erzählen, dass wenn so viel mehr Geld im System ist, die Situation schlechter würde“.

„Die Schwarz-Gelben Regierungen auf Bundes- und Landesebene haben in den vergangenen Jahren viele wichtige Weichen für unser Land gestellt. Es liegen aber auch noch viele wichtige Projekte vor uns. Die Menschen in Hessen haben gemerkt, dass diese Regierungen ihnen gut tun und ich bin sicher, dass sie uns auch am 22. September erneut ihr Vertrauen schenken werden. Weshalb sollte man jemanden wählen, der es vielleicht können könnte, statt bei dem zu bleiben, von dem man weiß, dass er es richtig macht“?